

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Bezugsleute oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.  
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Eberfeld W. Thieme, Großwald G. Illies,  
 Halle a. S. Jul. Bark & Co. Hamburg Joh. Nothmann,  
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 10. Juni.** Die Gegner der Militärvorlage suchen die Thatsache hinweg zu interpretieren, daß diese in erster Linie bestimmt sei, um das militärische Übergewicht über Frankreich zurückzugeben, ohne welches, wie Graf Caprivi in einer Denkschrift aus dem Jahre 1879 ausgesprochen hat, ein deutsches Reich auf die Dauer überhaupt nicht bestehen könne. Wie schwach es mit diesen Deutungsversuchen bestellt ist, geht schon aus der Thatsache hervor, daß man sich zu gewaltsamen Zusammenstellungen und Auslassungen gezwungen sieht, um wenigstens einen Scheinbeweis für das zu erlangen, was man gern beweisen möchte. Man stellt einige Sätze aus einer Rede, die Graf Caprivi im November 1891 gegen die statistischen Spielereien gehalten, mit den einleitenden Bemerkungen zusammen, die der Reichstanzler in der letzten Militärkommission über Frankreich gemacht, und das Resultat ist fertig; freilich nicht der Beweis, daß Graf Caprivi gesagt habe, Deutschland sei Frankreich ohnehin schon gewachsen. Was hat Graf Caprivi in Wahrheit gesagt? Auf Seite 4 des Kommissionsberichts wird aus seiner Rede mitgeteilt, daß „mit der heutigen Deeresstärke Deutschlands eine Offensive weder gegen Frankreich noch gegen Rußland allein möglich sei“. Unter der Offensive, so war vorher ausgesprochen, sollte nur die strategische Offensive zu verstehen sein, das Hinzubringen des Krieges auf feindliches Gebiet, sobald uns der Krieg aufgezwungen ist. Diese Verlesung des Kriegesplanungs aber auf feindliches Gebiet, der wir die Erfolge in den letzten Kriegen zu verdanken gehabt, sei nur möglich bei einer bedeutenden numerischen Ueberlegenheit. Wir sollten, führt der Reichstanzler nach den Mitteilungen auf Seite 7 des Kommissionsberichts weiter aus, wenigstens Frankreich allein gegenüber stark genug sein, und nur nach Ausnahme der Verträge sei eine Offensive gegen Frankreich kein allzu großes Wagnis, denn jetzt ständen wir um 170 000 Mann gegen Frankreich zurück, selbst wenn man für den Schutz der Küsten, der dänischen und der russischen, nichts in Abzug bringe.“ Von den militärischen Sachverständigen wurde in der Kommission weiter ausgedrückt, daß nach der jetzigen Organisation und unter Aufrechterhaltung der jetzigen Kontingenzquoten im Laufe der Jahre Deutschland einschließlich der Ersatzreserve höchstens über 3 500 000, Frankreich dagegen über 4 000 000 und Rußland gar über 4 600 000 Mann verfügen könne. (S. 11 des Berichts.) So ist es in Wahrheit mit der ohnehin schon vorhandenen militärischen Ueberlegenheit Deutschlands über Frankreich bestellt, und die Wähler werden sich zu fragen haben, ob sie diesen Urtailen des leitenden Staatsmannes und der militärischen Sachverständigen mehr Gewicht belegen wollen, als den künftigen „Beweisen“ der Zivilmilitäre, die um ihre Position zu kämpfen, die Kunst des Schweigens und Verschweigens in bedenklicher Weise üben müssen.

— Während in Deutschland der Kampf um die Wehrvorlage ausbricht und bei uns die Reichsvertretung die Mittel zur Deeresverfassung verweigert, ist in Frankreich gerade das Gegenteil im Werke. „Progress Militaire“ bringt dringende Empfehlungen des in der französischen Kammer von einem Abgeordneten eingebrachten Antrags auf eine indirekte Deeresverfassung, der, von dem militärischen Fachblatt so nachherlich unterstützt, sicherlich durchgehen wird. Nach dem französischen Wehrgeze werden alle die zum Dienste eingestellten, wo so beträgt die Zahl der französischen Heeren und Freiwilligen jährlich etwa 220—240 000 Mann, wobei jedoch jedes Jahr etwa 20—24 000 übrig bleiben, die als körperlich nicht vollständig dienstfähig im Frieden vom Dienste befreit und für den sogenannten „Hilfsdienst“ im Krieg bestimmt werden. Hier sollen sie Verwendung finden bei den Etappen, Feldbatterien, Proviantämtern, beim Fingerring, im Eisenbahn- und Telegraphendienst, als Krankenträger, als Schreiber, als Buchhalter u. s. w. Der Antragsteller geht nun von der Ansicht aus, daß man der in Deutschland beschriebenen Deeresvermehrung in Frankreich nicht mehr folgen könne, da die Zahl der Geburten und der Verschleissungen zu sehr gesunken sei und daß andererseits in der Verwendung der im Dienste nicht ausgeübten Mannschaften zum Hilfsdienste im Krieg eine große Gefahr für die Disziplin vorliege, während durch Verwendung von aktiven Soldaten zum Dienst als Schreiber, Dolmetscher, Vazaretgehilfen, Bäder, Handwerker aller Art den Truppen eine Menge von Mannschaften entzogen sind, was auf die Ausbildung der Truppen in hohem Grade störend einwirkt. Der Antragsteller Abg. Halbert hat daher den Antrag gestellt, daß die bisher vom Dienst im Frieden befreiten Mannschaften nunmehr auch wie alle anderen zum Dienst embezogen und zu den oben angeführten Dienstleistungen verwendet werden. Hierdurch wird in Wirklichkeit wieder eine Verstärkung des französischen Heeres um mehr als 20 000 Mann und eine namhafte Entlastung der Truppen herbeigeführt und das ohne viel Karm und Geschrei erreicht, was man bei uns durch Aufstellung der Halb-Bataillone teilweise aber leider bis jetzt vergebens zu erreichen suchte. Es zeigt Deutschland das traurige Bild, daß die Mehrheit der Reichsvertretung sich geweigert hat, das zur Verteidigung des Reiches als notwendig erkannte zu genehmigen, während in Frankreich mitten aus der Volksoberkeit heraus der Regierung die Mittel zur Verstärkung des Heeres und zur Heranziehung aller überhaupt in irgend einem Dienste brauchbaren jungen Männer geboten werden.

— Der Zentralanschuß der Reichsbank versammelte sich gestern im Reichsbankgebäude. Die Verhältnisse auf den fremden Geldmärkten haben sich allerdings, wie der Vorsitzende, Reichsbank-Präsident Dr. Koch bemerkte, erheblich gebessert. Insbesondere seien die fremden Wechselkurse, deren Höhe die Gefahr des Goldabflusses ins Ausland nahe gerückt, gefallen. Dennoch und trotz der gestrigen Diskontomäßigung in London müßten verschiedene Gründe hier von dem gleichen Schritt zurückhalten. Die Anlage der Reichsbank sei ungewöhnlich hoch, der Metallvorrath und die Reserve schwächer als in den letzten Jahren. Die fremden Gelder beständen etwa zur Hälfte aus Reichs- und Staatsanleihen. Im Juni finde fernere gewöhnlich eine stärkere Anspannung statt; der Vorhandenheit sei in den letzten Tagen im Zeichen. Aus allen diesen Gründen beschloß die Reichsbank-Verwaltung für jetzt keine Diskont-

berahtigung. Widerspruch hiergegen wurde von keiner Seite geäußert. Der Zentralanschuß genehmigte schließlich, daß die Zahlung einer Abschlagsdividende von 1 1/2 Prozent für das erste Halbjahr 1893 an die Reichsbankantheilhaber vom 15. d. M. ab erfolge.

— In der Öffentlichkeit und zwar innerlich und außerhalb der Landesvertretung werden häufiger Äußerungen des Bedauerns darüber laut, daß produktive Unternehmungen des Staates ungedacht der Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel nur äußerst langsam fortgeschritten und die zur Verfügung stehenden Kredite sehr unerwünscht lange unverwandt bleiben.

Dabei werden die Hemmnisse häufig übersehen, welche dem Fortgange solcher Anlagen aus den bestehenden Rechtsverhältnissen erwachsen, gleichviel ob der Staat oder ein Anderer Unternehmer ist.

In einer ganzen Reihe von Fällen, namentlich bei Eisenbahn- und Kanalbauten, ist die Bewilligung der Geldmittel eine bedingte. Zumeist ist die Verwendung der bewilligten Mittel an die Aufbringung gewisser Beiträge seitens der zunächst Beteiligten geknüpft. In solchen Fällen hängt also die Ausführung der Anlage von Voraussetzungen ab, auf deren Vorhandensein die Staatsverwaltung nur einen geringen Einfluß ausüben vermag, welche vielmehr im Wesentlichen davon unabhängig sind.

Aber selbst wo eine solche Bedingung nicht besteht, oder wo sie bereits erfüllt ist, hängt die wirkliche Inangriffnahme der Ausführung des Werkes in der Regel von dem Erwerbe des erforderlichen Grund und Bodens ab. Gelingt der Grunderwerb nicht, ohne daß zur Entzweiung gezwungen werden muß, so ist ein sehr erheblicher Zeitverlust unabwendbar. Man darf rechnen, daß unter günstigen Umständen und wenn die Dringlichkeit anerkannt wird, in der Regel nicht viel weniger als ein volles Jahr bis zur Durchführung des Entzweiungsverfahrens gebraucht wird. Nur zu häufig ergeben sich sowohl bei der Planerstellung als bei dem Entzweiungsverfahren Verzögerungen, welche eine längere Dauer des Verfahrens zur Folge haben. Kriegt aber gar der Fall der Dringlichkeit nicht vor, muß vielmehr die Zeit abgewartet werden, bis der Rechtsweg erschöpft ist, so verlängert sich das Zeitverhältnis unter Umständen sehr erheblich.

Eine der wichtigsten Ursachen dieser langen Dauer des Entzweiungsverfahrens beruht o. n. in der Trennung desselben in zwei ganz selbstständige nach einander sich abspielende Verfahren, dasjenige zwecks Festlegung des Planes und das wegen Festlegung der Entzweiung. Diese Trennung ist abweichend von dem ursprünglichen Vorschlage der Staatsregierung von der Landesvertretung im Interesse größerer Sicherheit der Eigentümler beibehalten worden. Bei den über eine etwaige Abänderung des Entzweiungsrechts schwebenden Erörterungen wird wohl auch die Frage zu prüfen sein, ob unbeschadet der Sicherheit des Grunderwerbungs die beiden Verfahren nicht zu vereinfachen sein möchten.

— In welchem Maße bei uns im Gegensatz zu England und Nordamerika die Eisenbahnen an Sonntagen zu Reisen benutzt werden, ergiebt sich aus einer von den preussischen Staatsbahnen aufgenommenen Statistik, nach welcher im gesamten Staatsbahnbereich nach den im letzten Jahre und bis in die neuere Zeit für verschiedene Zeitabschnitte gemachten Bestimmungen an Sonntagen durchschnittlich etwa 60 p. ct. mehr Fahrkarten verkauft worden sind als an Wochentagen. Der Stadt- und der Vorortverkehr von Berlin und von Hamburg-Altona sind hierbei, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt, außer Berücksichtigung geblieben.

— Während der preussische Staat für gewöhnliche Verzeichnisse bisher sehr wenig Mittel aufgebracht hat, unterstützt er die landwirtschaftlichen Verzeichnisse jährlich mit erheblichen Summen. Der Betrag, welcher nach den neuesten Ausweisungen im Jahre 1891/92 für die verschiedenen agrarwirtschaftlichen Verzeichnisse ausbezahlt worden ist, beläuft sich auf 109 000 Mark. Fast dieselbe Summe ist zur Befolgung landwirtschaftlicher Wanderer und Instruktoren vorausgeschickt worden. Die landwirtschaftlichen Vereine haben in den genannten Jahren Staatsunterstützungen in Höhe von 266 000 Mark erhalten.

— Aus den Dominalmineralbrunnen, Niederjellers, Nachingen, Ems, Kangenschwalbach, Weilbach und Weiltal, hat Preußen im Jahre 1891/92 eine Festeinnahme von 1 1/2 Millionen gehabt. Nach Abzug der Ausgaben verblieb dem Staate aus diesen Mineralbrunnen eine Reineinnahme von nahezu 1/2 Million.

**Kiel, 8. Juni.** Zur Besichtigung der Arbeiten des Nordostsee-Kanals trafen gestern Abend Staatsminister von Bütticher, Finanzminister Dr. Viquel, der russische Vorkäufer Graf Schwallow, Wirkl. Geheimrath Oberbaurath Bünsch, Geh. Regierungsrath Köbe, Geh. Bauath Hilfscher u. a. in Begleitung ein, wo sie von dem Landrath und dem Bürgermeister begrüßt wurden. Nachdem Staatsminister v. Bütticher der Abreise des adligen Klosters, Prinzessin Louise von Glücksburg einen Besuch abgestattet hatte, begaben sich sämtliche Herren nach der Werftfabrik. Heute Morgen führte der Zug die Gesellschaft nach Brunsbüttel zur Besichtigung des Schiffsbauwerkes, von dort nach Burg, wo das Mittagessen eingenommen wurde und heute nach Albersdorf, wo übernachtet wird. Morgen wird die Reise zunächst nach Grünenthal zur Besichtigung der Hochbrücke und dann nach Rendsburg und am Sonnabend nach Kiel fortgesetzt. Sonntag werden die Herren nach Berlin zurückkehren.

**Kiel, 9. Juni.** Nach dem oben erwähnten Nachtrage zur Rang- und Quartierliste der deutschen Marine, die am 25. Mai d. J. abgeschlossen ist, hat das Seeoffizierkorps seit dem vorigen Dezember wiederum eine erhebliche Vermehrung erfahren. Die Zahl der Admirale beläuft sich im Ganzen auf 16, von denen einer (Hr. v. d. Goltz) als Admiral, 5 (Hr. v. S. Knorr, v. Schöeder, v. Koeler und Baloi) als Vizemirale und 10 (Hr. v. Meining, v. Karher, v. Pannitz, v. Reiche, v. Thomsen, v. Diederichs, v. Helldorf, v. Hoffmann, v. Hagenborn und Hr. v. S. v. Senden-Bibran) als Kontre-Admirale aufgeführt sind. Bei dem Personalbestand der Admirale ist seit vorigem Dezember eine Verminderung nicht eingetreten. Kapitäns zur See sind 35 (im Dezember 32, im Mai v. J. 34) vorhanden, unter denen Prinz Heinrich der jüngste ist. Die Zahl der Korvetten-Kapitäns beläuft sich

auf 69 (66 und 66), der Kapitän-Lieutenants auf 142 (136 und 134), die der Lieutenants auf 214 (202 und 203) und die der Unterlieutenants auf 149 (135 und 142). Einschließlich der Admirale zählt also das Offizierkorps der Marine 625 Offiziere gegen 587 im Dezember 1892, 593 im Mai 1892, 568 im Dezember 1891, 565 im Mai 1891 und 536 im Dezember 1890. 8 Offiziere stehen außerdem à la suite des Seeoffizierkorps und 8 à la suite der Marine. Unter letzteren befinden sich der Kaiser von Rußland, der König von Schweden, der Erzherzog Karl Stephan von Oesterreich und der Herzog von Coburg. Seetafetten sind 144 vorhanden gegen 113 im Dezember und 121 im Mai v. J., Korvetten 78 (79 und 81). Das Offizierkorps der Marineinfanterie umfaßt 42 Offiziere, nämlich 1 Oberst, 2 Majors, 11 Hauptleute, 8 Premier- und 18 Sekondelieutenants und 2 Offiziere à la suite. Was die im Dienst befindlichen Schiffe betrifft, so sind seit dem vorigen Dezember folgende Veränderungen eingetreten: Zur Vanoerslotte, die aus den Panzerschiffen „Boden“, „Bairn“, „Sachsen“ und „Württemberg“ besteht, ist der Aviso „Meteor“ (Kommandant: Korvetten-Kapitän von Holtendorff) hinzugezogen, den Übungsgefahrer gehört außer den Panzerschiffen „König Wilhelm“ und „Deutschland“ und dem Panzerfahrzeug „Vernunft“ jetzt das Panzerfahrzeug „Friedrich“, welches an Stelle des „Sigfried“ getreten ist, sowie der Aviso „Jagd“. In Dienst gestellt ist ferner die Torpedobootflotte, bei welcher der Aviso „Wacht“ als flottillenfahrzeug fungiert. Die erste Torpedobootdivision besteht aus dem Torpedoboot Divisionboot 7 und den Torpedobooten 59—62 sowie 64 und 65, die zweite aus dem Divisionboot 8 und den Torpedobooten 843 und 844—9. Ferner sind in heimischen Gewässern in Dienst gestellt als Kadettenschulschiffe der „Stech“ und „Stein“ und das Schiffsjungenschulschiff „Wolte“ sowie die Yacht „Hohenjollen“ und der Aviso „Grille“. Zu verschiedenen Zwecken sind noch in Dienst gestellt das Panzerfahrzeug „Drummer“ (zum Schutz der Nordsee), das Panzerfahrzeug „Mantillus“ (zu Vernehmungen in der Nijee), das Panzerfahrzeug „Albatros“ (zu Vernehmungen in der Nordsee), der Transportdampfer „Belian“ (Wachschiff), das Panzerschiff „Friedrich der Große“ (Stammschiff der Reserveflotte der Nordsee), die Kreuzerflotte „Kaiserin Augusta“ und der Aviso „Komet“ (zu Probefahrten), das Schiff „Carola“ mit dem Panzerzug „Pap“ (Artillerie-Schulschiff zu Wilhelmshafen), das Schiff „Albatros“ (Torpedoveruchschiff zu Kiel) und das Artillerie-Schulschiff „Klein“, sowie 4 Torpedobootdivisionen (Stammboote vier 3, bis 6, Division und 1 Torpedoboot, darunter 6 zu Schulzwecken und 3 zu Versuchszwecken. Endlich ist noch das Panzerfahrzeug „Dittler“ für die Zwecke der Schiffsjungenkommision in Dienst gestellt. Das kreuzerfähige Wasser ist aufgelöst, indem das Schlachtschiff „Leipzig“ nach Hause zurückgekehrt ist, die Kreuzerflotte „Arcana“ und „Alexandrie“, vorübergehend zur ostamerikanischen, und „Marie“ vorübergehend zur westamerikanischen Station commandirt sind. Das Schiffsjungenschulschiff „Gneisenau“ befindet sich auf der Heimreise von der ostamerikanischen Station. Zur ostasiatischen Station ist neben den Kreuzern „Schwalbe“ und „Wode“ der Kreuzer „Seeadler“ getreten, der sich auf der Ausreise befindet. Bei der Mittelmeerstation ist das Schiffsjungenschulschiff „Rize“ als auf der Heimreise befindlich aufgeführt.

neue Militärgesetz Anlaß gab, und die deutschen Sozialdemokraten offen dazu aufzuzehen, daß sie ihren Widerstand verklärten, ist ein Fehler, wie er sich nicht größer und schwerer vorstellen läßt. Warum auch so offen sagen, was man wünscht: die deutsche Deeresmacht nicht verstärkt und der Dreieind aufgelöst!

**Paris, 9. Juni.** Die Meldungen mehrerer Blätter über Neuhegung verschiedener französischer Vorkäufer im Ausland werden durch eine Mitteilung der „Agence Havas“ für unbenutzt erklärt.

**Paris, 9. Juni.** Der Senat nahm den Gesetzentwurf betreffend die Organisation der kolonialen Armee in der von der Kammer genehmigten Fassung an. Der Gesetzentwurf besagt, daß die Kolonialtruppen aus Freiwilligen rekrutirt werden sollen.

**Paris, 9. Juni.** In Folge Mitteilung der englischen Regierung, daß bei der Vermählung des Herzogs von York nur die verwandten Höfe durch außerordentliche Vorkäufer vertreten sein würden, wurde von der Entsendung des Generals Gallifet abgesehen.

**Italien.** Wie aus Rom berichtet wird, hat man auf die französischen militärischen Vorgänge in Tunis, wiewohl man es nicht gern sieht, wenn dieselben öffentlich zur Sprache gebracht werden, unangenehm ein wachsames Auge. Wie es heißt, hat die Regierung hierzu neuestens besondere Veranlassung durch Nachrichten aus Tunis erhalten, nach welchen dort die französischen militärischen Arbeiten wieder lebhafter denn je betrieben werden. Auch ist man durch Berichte über gewisse Verhandlungen mißtrauisch geworden, die zwischen Frankreich und der Horde wegen Grenzbestimmungen zwischen Tunis und Tripolis gepflogen werden, wobei es sich um eine förmliche Erweiterung des tunesischen Gebietes durch tripolitanisches handeln soll, und in diesem Punkte ist man in den italienischen Kreisen wegen etwaiger Zukunftspunkte empfindlich.

Verichten aus Messina zufolge hat der Befehlshaber des in die ägyptischen und syrischen Gewässer entsandten französischen Geschwaders, Admiral Vigier, auf der Rückfahrt eine Ausspähung der italienischen Küstenbestimmungen vornehmen lassen. Bei der Durchsicht durch die Straße von Messina beobachtet er einen Kreuzer mit der Beobachtung der Verteidigungswerte, insbesondere derer von Tarent, in deren Nähe das plötzliche Schiff über eine Stunde verweilt.

**Rom, 9. Juni.** Die starke Minderheit, die heute gegen den Haushalt des Innern stimmte, wird von der Opposition nicht mit Unrecht als ein Zeichen der verminderten Mannszucht der Regierungspartei betrachtet. Die „Risforma“ glaubt sie speziell gegen Giolitti's Person gerichtet, da der Baunenat nur 38 Stimmen gegen sich hatte. Der Ministri Agliardi geht Montag auf seinen Wiener Posten ab.

**Rom, 9. Juni.** Im bevorstehenden Konfistorium werden außer Schläuch zwei Italiener und zwei Franzosen zu Kardinalen ernannt werden.

**Großbritannien und Irland.** **London, 9. Juni.** Aus den heute veröffentlichten Berichten des Handelsamtes ergiebt sich, daß während des letzten Monats 42 218 Personen gegen 42 471 im entsprechenden Monat in 1882 in verschiedenen Häfen in dem vereinigten Königreiche verließen. Von diesen waren 14 649 englische, 2854 schottische und 8221 irische Auswanderer — die übrigen waren Ausländer oder solche, deren Nationalität nicht festgestellt worden ist. Während der fünf Monate, welche am 31. Mai endeten, hatten 145 189 Auswanderer gegen 141 297 in der entsprechenden Periode in 1891 die verschiedenen Häfen verlassen. Von diesen waren 56 182 englische, 8552 schottische und 28 672 irische Emigranten. Die übrigen waren Ausländer, 103 587 der Auswanderer gingen nach den Vereinigten Staaten.

Im Unterhaus erklärte der Parlamentarische Sekretär Burton, der Entwurf einer Konvention über das Schwarzland sei bereits vereinbart, die Regierung habe aber noch nicht den vollen Wortlaut erhalten. Der Gouverneur des Kaplandes, Voch, werde die Konvention nicht früher unterzeichnen, als bis er dazu von der Regierung ermächtigt werde.

**Stettiner Nachrichten.** **Stettin, 10. Juni.** Damit das halbe Dutzend voll wird, haben auch die hiesigen Katholiken ihren eigenen Kandidaten zur bevorstehenden Reichstagswahl erhalten. Die Vorsitzende der hiesigen katholischen Vereine fordern ihre Glaubensgenossen in Stettin und Grabow auf, für den Legationsrath a. D. v. Kehler in Berlin zu stimmen. Natürlich handelt es sich nur um einen Zahlkandidaten.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Die Antifemiten veranstalten morgen Sonntag Nachmittag wieder eine Wählerversammlung in Saale der Pöhlharmonie, in welcher Herr Förster sprechen wird. Mit Bezug auf die kürzlich erwähnten antifemistischen Versammlungen wird uns mitgeteilt, daß dieselben nicht öffentlich waren. Herr René sei zwar in denselben als

Redner aufgetreten, derselbe sei jedoch nicht Mitglied des antifemistischen Vereines, sondern konservativ er habe auch nicht über die Innenfrage gesprochen, sondern seine Ausführungen seien nur gegen die Sozialdemokraten gerichtet gewesen.

Den freistimmigen Wählern des Kreises Rügen-Franzburg-Stralsund, welche Professor R. Birchow aufgestellt haben, ist von diesem die Mittheilung zugegangen, daß er bedauernd, keine weitere Kandidatur annehmen zu können, er empfahl an seine Stelle den Professor J. V. Belch Berlin, welcher gleichfalls der freistimmigen Volkspartei angehört. Weiter ist bekanntlich in diesem Wahlkreise von den konservativen der bisherige Vertreter des Kreises, Herr v. Reudell und von dem Bund der Landwirthe in Verbindung mit den Christlich-Sozialen Herr Baron Langen aufgestellt. Das Wahlkomitee für letztere segelt gleichfalls unter der Flagge eines konservativen Zentral-Wahlkomitees und der Vorsitzende Kaufmann Beder erließ dieser Tage einen Aufruf, worin erklärt wurde, daß es eine plumpe Entstellung der Thatsachen sei, wenn man Baron Langen als Antifemist bezeichne. Das „Rügen'sche Kreis- und Anzeigblatt“ hatte jedoch in Bezug auf diesen Punkt schon vorher Aufklärung gebracht, indem es schrieb: „Es wird uns mitgeteilt, daß bei Gelegenheit der am 1. d. Mts. stattgefundenen Unterhandlung in Stralsund, um womöglich eine Einigung über die Kandidatenfrage zum Reichstage herbeizuführen, von denjenigen Herren, welche für die Kandidatur von Langens dabeilbst eintraten, auf den ihnen gemachten Vorwurf hin, daß derselbe durch seine Verbindung mit Althardt sich doch zum mindesten als unfähig zu den Grundfragen des Antifemismus bekannt hätte, besonders zwei ausgesprochen worden ist, daß Baron v. Langen gerade wegen seiner antifemistischen Ansichten als Kandidat geeignet betrachtet würde. Es handelt sich jetzt also nicht mehr darum, zwischen zwei Konservativen zu wählen, sondern die Wahl steht jetzt zwischen einem vorwiegend antifemistischen und einem konservativen Kandidaten. Eine Verbindung zwischen diesen beiden Parteien giebt es nach den Vorgängen in diesem Wahlkreise in letzter Zeit im Reichstage abgespielt haben, nicht.“ Nun nimmt auch der Fürst zu Putbus in dieser Sache das Wort, indem er schreibt: „Ich übernehme hiermit voll und ganz die Verantwortung für den wahrheitsgetreuen Inhalt obiger Einsetzung; ich bin persönlich in der Versammlung vom 1. Juni anwesend gewesen und habe die nicht mißzuverstehenden Plerifikationen selbst gehört, auch sind verschiedene Herren bereit, hierfür Zeugnis abzulegen. Eine plumpe Entstellung der Thatsachen, wie Herr K. Beder sich auszubilden beliebt, ist nicht von meiner Seite, sondern von der des Zentral-Komitees erfolgt. Man wähle konservativ Herrn von Reudell, Antifemist Baron Langen. Den Muth seiner Meinung sollte doch Jeder zum mindesten haben.“

Als im letzten Winter betreffend der Verpflichtung der Reinigung der Bürgersteige Zweifel entstanden, erließ die königliche Polizeidirektion eine Bekanntmachung, daß die Hausbesitzer verpflichtet seien, die Bürgersteige vom Schneeschlamm zu reinigen und gleichzeitig wurde angeordnet, daß im Unterlassungsfalle die Polizei dies auf Kosten der Betroffenen werde ausführen lassen. Da eine große Anzahl von Grundstückbesitzern der Ansicht waren, daß nach Uebernahme der Strafreinigung seitens der Stadt letztere die Verpflichtung habe, auch das Schlammeis vom Bürgersteig zu entfernen, kamen dieselben den Bestimmungen der Polizeibekanntmachung nicht nach, sondern ließen die angeordneten Zwangsmaßregeln in Anwendung bringen. Die königliche Polizeidirektion suchte dann die entstandenen Kosten von den betreffenden Grundstückbesitzern einzuziehen und sandte letzteren außerdem noch ein Strafmandat. Nun tragen diese auf gerichtliche Entscheidung an und haud gestern in zwei beratigen Sälen vor dem Schöffengericht Verhandlungstermin an. Es handelte sich um das Grundstück des Besitzers des Stettiner Grundbesitzer-Vereines und um das königliche Amtsgerichtsgebäude, bei letzterem war wegen unvollständiger Reinigung der Kaffellan zur Verantwortung gezogen war. Es erfolgte Freisprechung, welche vom Herrn Anwalt selbst beantragt war, indem der Gerichtshof annahm, daß nach dem mit der Stadt abgeschlossenen Reinigungsvertrage der Hausbesitzer nicht zu der Reinigung des Bürgersteigs vom Schneeschlamm verpflichtet gewesen sei und derselbe daher auch nicht wegen Unterlassung derselben in Strafe genommen werden könne.

Am 27. Juni d. J. findet in Stuttgart der siebente ordentliche Berufsgenossenschaftstag des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften statt. Seitens des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes ist dafür folgende Tagesordnung aufgestellt worden. 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Jahresbericht, Festsetzung der Jahresbeiträge, Genehmigung des Veranschlagten für 1894. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Abänderung der Geschäftsordnung. 5. Ansbearbeitung von Normal-Unfallverhaltensvorschriften. 6. Uebernahme des Festsatzes durch die Berufsgenossenschaften in Gemäßheit der Novelle zum Krankenversicherungs-gesetz. 7. Nutzrätigkeiten bei der Versicherung von Regiebarkeiten. 8. Erste Hülfeleistung bei Unfällen. 9. Arbeitsvermittlung für invalide Arbeiter. 10. Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz. 11. Bestimmung über Zeit und Ort für den nächsten ordentlichen Berufsgenossenschaftstag.

Die diesjährigen Herbstübungen erstrecken sich auf die Kreise Regenwalde, Dramburg und Schivelbein. Vom 5. bis einschließlich 11. August findet das gerichtsmäßige Schießen des Infanterie-Regiments Nr. 42 bei Labes und vom 12. bis einschließlich 21. August Regiments-Exerzieren nordwestlich und nördlich Dramburg statt. Das Regiments-Exerzieren des Grenadier-Regiments Nr. 2 wird in der Zeit vom 14. bis einschließlich 21. August nordwestlich und nördlich Dramburg abgehalten. Das Brigade-Exerzieren der 5. Infanterie-Brigade, welches in die Zeit vom 22. bis 28. August fällt, wird ebenfalls auf die beiden Kreise Regenwalde und Dramburg erstreckt, und folgt hierauf das Brigade-Mandier der verstärkten 5. Brigade, welches vom 31. August bis 2. September zwischen Labes und Schivelbein sich hinzieht.

Im Elysiu-Theater gelangt am morgigen Sonntag die alte beitere Pöhl'sche Post „Auf eigenen Füßen“ zur Aufführung.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch den 7. d. Mts. eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Besprechung über die Stellung des Vereines zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen keiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrpflicht ihres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant z. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereines aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmung von den Beschlüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vororten Stettins abhängig.



